



Foto: ORF/Christian Öser

Klimabonus, Bildungskarenz, Förderungen

Details zu Sparplänen von FPÖ und ÖVP

Wie es mit dem Budget weitergeht, ist die Hauptfrage in den Koalitionsverhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP. FPÖ-Finanzsprecher Hubert Fuchs und ÖVP-Klubobmann August Wöginger präsentierten am Donnerstag erste Details, welche Sparmaßnahmen auf Österreich zukommen. Der Klimabonus soll als größter Brocken fallen, ebenso die Bildungskarenz. Das Klimaticket soll hingegen bleiben, jedoch das einmalige Gratisklimaticket für 18-Jährige abgeschafft werden. Die Zuverdienstmöglichkeit für Arbeitslose soll weitgehend gestrichen werden.

16.01.2025 11.40

Mit dem präsentierten Paket wollen FPÖ und ÖVP noch heuer 6,4 Milliarden Euro einsparen und ein EU-Defizitverfahren vermeiden. Gleich zu Beginn präsentierte Fuchs das Sparpotenzial in der Verwaltung: 1,1 Milliarden Euro, etwa bei Ministerien, Regierungsinseraten, Werkverträgen und politischen Kabinetten. Wo genau gespart werden soll, obliege dem jeweiligen Ressort, so Fuchs.

Als zweiter Maßnahmenblock sollen Lücken im Steuersystem geschlossen werden, was laut FPÖ und ÖVP 920 Millionen Euro für 2025 einbringen würde. Darunter fällt zum Beispiel der Nullsteuersatz für Photovoltaikanlagen, der eigentlich bis Ende des Jahres gegolten hätte.

FPÖ-ÖVP: Geplantes Sparpaket 2025

Einsparungen und Steuererhöhungen von 6,4 Mrd. Euro

Reduktion Förderungen - 3,2 Mrd. gesamt, davon z. B.:

| | |
|--|----------|
| Abschaffung Klimabonus | 2 Mrd. |
| Umweltbereich | 495 Mio. |
| Abschaffung Bildungskarenz | 350 Mio. |
| Abschaffung Gratisklimaticket für 18-Jährige | 120 Mio. |

Verwaltung Bundesministerien - 1,1 Mrd.

| | |
|-------------------------------|----------|
| Kürzungen z. B. bei Inseraten | 1,1 Mrd. |
|-------------------------------|----------|

Steuerbereich - 920 Mio. gesamt, davon z. B.:

| | |
|---|----------|
| Standortbeitrag der Energiewirtschaft | 100 Mio. |
| Vorzeitige Abschaffung Umsatzsteuerbefreiung Photovoltaik | 175 Mio. |
| Versicherungssteuer für E-Autos | 65 Mio. |
| Valorisierung Bundesgebühren | 65 Mio. |

Foto: Grafik: APA/ORF

PV-Anlagen sollen also wieder mit 20 Prozent der Umsatzsteuer unterliegen. Das alleine soll dieses Jahr laut FPÖ und ÖVP 175 Millionen Euro bringen. Immerhin 100 Millionen soll der „Standortbeitrag“ der E-Wirtschaft bringen. Dieser bezieht sich auf eine Verlängerung des Energiekrisenbeitrags.

Höhere Steuern bei Tabak, Glücksspiel und Digitalem

Auch im Bereich Tabak und Glücksspiel sind höhere Steuern vorgesehen. Bei der Tabaksteuer will man ein Einfrieren der Preiskomponente erwirken (25 Mio.). Zudem soll „Tabak zum Erhitzen“ steuerlich einbezogen werden. Beim Glücksspiel hoffen FPÖ und ÖVP auf zehn Prozent an Mehreinnahmen (35 Mio.).



ÖVP-FPÖ-Koalition: Wie könnte eine Einigung aussehen?

Die Digitalsteuer soll ausgeweitet werden (50 Mio.) und auch die Bereitstellung von Onlineplattformen und den Verkauf von Nutzerdaten umfassen. Bei der Grunderwerbssteuer soll es einen Lückenschluss bei „Share-Deals“ geben (50 Mio.). Wenn der Käufer bzw. die Käuferin nicht direkt das Grundstück, sondern eine Gesellschaft, die das Grundstück besitzt, erwirbt, gilt bisher ein ermäßigter Steuersatz.

520 Millionen Euro sollen aus der Minderausschöpfung von Maßnahmen wie dem Handwerkerbonus und der Investitionsprämie kommen. Durch eine strengere Anwendung des Betrugsbekämpfungsgesetzes erhofft man sich zehn Millionen Euro.

Reisepässe und Führerscheine sollen teurer werden

Unter anderem soll die Valorisierung der Bundesgebühren, die seit 2020 nicht mehr erhöht wurden, nachgeholt werden, was laut FPÖ und ÖVP insgesamt 65 Millionen Euro bringen würde. Damit würden zum Beispiel Reisepässe, Zulassungsscheine und Führerscheine deutlich teurer.

Halbiert werden soll das Kilometergeld für Motorräder auf 25 Cent, jenes für Fahrräder soll auf zwölf Cent pro Kilometer geviertelt werden. Der pauschale Kostenersatz bei der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln soll angepasst werden. Das alles soll insgesamt 2,5 Millionen Euro bringen. Beim Pkw-Kilometergeld bleibt laut Fuchs alles beim Alten. Etabliert wird den Plänen zufolge eine motorbezogene Versicherungssteuer für Elektrofahrzeuge (65 Mio.).

Pensionen, Klimaticket, Heizkesseltausch

Wöginger ging anschließend bei der Ausgabeneffizienz ins Detail. Hier sieht er 240 Millionen Euro Sparpotenzial. Zum Pensionsantrittsalter gebe es Überlegungen, so Wöginger, eine Erhöhung des Antrittsalters wurde allerdings nicht ins Auge gefasst. Vielmehr gehe es um Maßnahmen für ältere Beschäftigte – etwa durch Umschulungen –, um das faktische Pensionsantrittsalter schneller an das gesetzliche heranzuführen.



Foto: APA/Roland Schlager

Wöginger und Fuchs stellten erste Details der Sparpläne vor

Auch über eine Teilpension denkt die ÖVP laut Wöginger nach, mit der man über das Antrittsalter hinaus arbeiten, aber gleichzeitig einen Teil des Ruhensbezuges lukrieren könnte. Das Pensionspaket kann laut Wöginger 150 Millionen Euro einsparen.

Ein weiterer großer Brocken betrifft die Förderungen. Umweltförderungen sollen um 20 Prozent gekürzt werden. Damit blieben noch immer zwei Milliarden in den Fördertöpfen, argumentierte der Fraktionschef der ÖVP.

Das einmalige Gratisklimaticket für 18-Jährige werde abgeschafft (120. Mio.), jedoch soll das kostenpflichtige Klimaticket bleiben. Der Heizkesseltausch soll geringer gefördert werden als bisher. Der größte Teil hierbei ist freilich der Klimabonus, der völlig gestrichen werden soll, eine Sparmaßnahme, von der man sich ab heuer 1,96 Milliarden Euro erwartet.

Kein Zuverdienst für Arbeitslose, keine Bildungskarenz

Etwas beisteuern sollen auch die teilstaatlichen Unternehmen. 450 Millionen Euro zusätzlich werden aus Dividenden erhofft. 120 Millionen Euro erwartet man sich durch Umschichtungen im ÖBB-Rahmenplan, was wohl die Verzögerung von Projekten zur Folge haben wird.

FPÖ und ÖVP wollen weiters die Bildungskarenz abschaffen (350 Mio. Euro). Außerdem sollen Arbeitslose künftig weitgehend nicht mehr zum Arbeitslosengeld bzw. zur Notstandshilfe dazuverdienen dürfen. Wie sich diese Maßnahme konkret auf das Budget auswirken sollte, blieb in der Pressekonferenz offen.

ZIB 13:00, 16.1.2025



Fink analysiert Sparpläne von FPÖ und ÖVP

Wirtschaftsredakteur Kaspar Fink analysiert, ob das geplante Sparziel mit den Maßnahmen realistisch scheint.

Das Aussetzen der jährlichen Valorisierung der Sozialleistungen ist hingegen nach Angaben des ÖVP-Klubchefs zumindest für heuer kein Thema. Diese Materie sei Teil der Verhandlungen mit SPÖ und NEOS gewesen. Gleiches gelte für die kolportierte geringere Aufwertung im Pensionskonto. Diese Maßnahmen seien „so nicht richtig“ und auch nicht Teil der Gespräche mit der FPÖ.

Fuchs: Wollen kein EU-Defizitverfahren

Fuchs teilte gegen die vorhergehenden Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP, SPÖ und NEOS aus. FPÖ und ÖVP hätten in drei Tagen das geschafft, wofür die Vorverhandler Monate gebraucht hätten – ohne Ergebnis. Wöginger sah sich allerdings gezwungen, das in ein anderes Licht zu rücken: „Wir haben ja mit SPÖ und NEOS bereits alles durchgearbeitet. Deshalb war es möglich, in kürzester Zeit den Budgetplan festzustellen“, so der ÖVP-Klubchef.

Im Wesentlichen hätten ÖVP, SPÖ und NEOS einige Sparmöglichkeiten bereits „deckungsgleich“ verhandelt, gab auch Fuchs zu. Laut dem FPÖ-Finanzsprecher seien 2,4 Milliarden Euro an Einsparungen bei ÖVP, SPÖ und NEOS „auf grün“ gestellt gewesen. Der Unterschied liege vor allem in der Vermeidung eines EU-Defizitverfahrens. Das Sparvorhaben hatte Finanzminister Gunter Mayr bereits am Dienstag in Brüssel übergeben. „Wir sind zuversichtlich, dass wir in den nächsten Tagen eine positive Antwort aus Brüssel erhalten werden“, so Fuchs.

WIFO- und IHS-Experten für Defizitverfahren

Die FPÖ wolle sich damit gegen „Fremdbestimmung und Bevormundung durch Brüssel“ wehren. Man befürchte außerdem Konsequenzen für Unternehmen und private Kreditnehmerinnen und Kreditnehmer durch ein schlechtes Rating internationaler Agenturen. Fitch senkte den Ratingausblick für Österreich kürzlich bereits auf „negativ“ von zuvor „stabil“.

Für ein EU-Defizitverfahren sprachen sich kürzlich WIFO-Chef Gabriel Felbermayr und IHS-Chef Holger Bonin aus, denn ein radikaler Sparkurs könne die Konjunktur abwürgen. Eine sprunghafte Reduktion des Defizits auf die Maastricht-Höchstgrenze von drei Prozent würde laut aktueller WIFO-Prognose das Wachstum um 0,5 bis einen Prozentpunkt dämpfen.

Die FPÖ sieht die Maßnahmen jedenfalls als Vorbeugung, die Österreicherinnen und Österreicher nicht steuerlich mehr zu belasten. Im Blick habe man auch künftige Generationen gehabt, denn „die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“, so Fuchs. Wöginger hielt fest, dass die Verhandlungspartner das Augenmerk mehr auf die Ausgaben als auf die Einnahmen gelegt hätten. Immerhin 86 Prozent des Maßnahmenvolumens erfolgten nicht einnahmenseitig, so Fuchs.

vogl (Text), filz (Lektorat), beide ORF.at/Agenturen

Links:

- [FPÖ](https://www.fpoe.at/) (https://www.fpoe.at/)
- [ÖVP](https://www.dievolkspartei.at/) (https://www.dievolkspartei.at/)
- [SPÖ](https://www.spoe.at/) (https://www.spoe.at/)
- [NEOS](https://www.neos.eu/) (https://www.neos.eu/)
- [Finanzministerium](https://www.bmf.gv.at/) (https://www.bmf.gv.at/)
- [WIFO](https://www.wifo.ac.at/) (https://www.wifo.ac.at/)
- [IHS](https://www.ihs.ac.at/) (https://www.ihs.ac.at/)

